



Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen
für Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung von
sowie Vorbeugung gegen klimawandelbedingte Vernässungen
oder Erosion mit Mitteln des Europäischen Fonds
für regionale Entwicklung (EFRE)

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Posteingangsstempel

Empfänger (zuständige Behörde)

**Landesverwaltungsamt
Referat 404 „Wasser“
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)**

1. Antragsteller

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

Name		
Anschrift Ansprech- partner	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl	Ort
	Ansprechpartner	
	Telefon	Fax
	E-Mail-Adresse	
Bankver- bindung	Kreditinstitut	
	Kontoinhaber	
	IBAN	BIC

2. Gegenstand des Vorhabens

Der Antragsteller beantragt eine Zuwendung für folgendes Vorhaben:
(Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, Zuwendungen für Konzepte und Planungen **oder** Investitionen zu beantragen. Mehrfachnennungen sind möglich.)

2.1 Bezeichnung des Vorhabens

Hiermit wird die Gewährung einer Zuwendung in Höhe von Euro zu den Ausgaben des geschilderten Vorhabens nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung von sowie Vorbeugung gegen klimawandelbedingte Vernässungen oder Erosion mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) beantragt.
(Erlass des MULE vom 15.02.2017 – 21.11-62145/3)

2.2 Durchführungszeitraum

2.3 Konzepte und Planungen (Ziff. 2.1 der Zuwendungsrichtlinie)

- a) Erstellung von technischen Konzepten
- b) Durchführung von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen
- c) Erarbeitung von Organisationsvorschlägen
- d) Planungsleistungen (LPH 1-4 sowie besondere Leistungen nach HOAI)

2.4 Investitionen (Ziff. 2.2 der Zuwendungsrichtlinie)

- a) Herstellung neuer Gewässer, die Wiederherstellung ehemals vorhandener Gewässer sowie die wesentliche Umgestaltung von Gewässern 2. Ordnung
- b) Beseitigung von Schäden in Gewässern 2. Ordnung infolge extremer Wetterereignisse, soweit dies zur Wiederherstellung des ordnungsgemäßen Wasserabflusses erforderlich ist
- c) Schaffung von Möglichkeiten zum Wasserrückhalt
- d) Herstellung von wasserwirtschaftlichen Anlagen wie Schöpfwerken, Sielen und Absperrbauwerken, soweit sie der Verbesserung des Wasserabflusses in den Gewässern 2. Ordnung dienen
- e) Herstellung von Anlagen zur Regulierung des Grundwassers
- f) Herstellung von Anlagen zur Ableitung von Grund - und Niederschlagswasser
- g) Objektschutz in begründeten Einzelfällen als Bestandteil der Konzepte gemäß Nummer 2.1, soweit damit die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen insgesamt erhöht wird (nachrangig gegenüber anderen Förderprogrammen)
- h) Monitoring - und Steuerungssysteme
- i) Flächenerwerb / Erwerb von Nutzungsrechten
- j) Planungsleistungen (LPH 5 - 8 sowie besondere Leistungen nach HOAI)

3. Angaben zu Vernässungen oder Erosion

3.1 Beschreibung und Dokumentation des Vernässungs- oder Erosionsproblems, welches mit dem Vorhaben behoben werden soll

(Beschreibung und Dokumentation (z. B. Fotos) als Anlage 1 beifügen)

3.2 Lage der von Vernässung oder Erosion betroffenen Fläche

(Flurkarte als Anlage 2 beifügen)

Gemarkungen		
<input type="checkbox"/> Vernässungsfläche	<input type="checkbox"/> Gewässer	<input type="checkbox"/> Erosion
Name / Bezeichnung		
Größe der Vernässungs- oder Erosionsfläche		m ²

4. Angaben zum Vorhaben

4.1 Teilnahme am eCohesion-Portal ja nein

4.2 Beschreibung des Vorhabens
(Beschreibung als Anlage 3 beifügen)

4.3 Begründung des Vorhabens und der zu erwartenden Wirkung
(Begründung als Anlage 4 beifügen)

4.4 Lage des Vorhabens (soweit abweichend von Ziffer 3.2 dieses Antrages)
(Flurkarte als Anlage 5 beifügen)

Gemarkungen
Name / Bezeichnung
Lageangaben (soweit vorhanden eintragen) <input type="checkbox"/> Flusskilometrierung von km bis km

4.5 Erforderliche vorhabenbezogene behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse etc.

Gegenstand	zuständige Behörde	Genehmigung, Erlaubnis, etc.		
		erteilt	beantragt	in Klärung
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4.6 Klärung der Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte für die zur Durchführung des Vorhabens erforderlichen Grundstücke

(aktuelle Auszüge aus Liegenschaftskataster für Anträge gem. Ziffer 2.2 der Zuwendungsrichtlinie als Anlage 6 beifügen)

Gemarkung	Flurstück	Eigentum Antragsteller		Wenn Antragsteller nicht Eigentümer ist			
				Eigentumserwerb geplant		Verfügungsrecht erforderlich	
				Zustimmung Eigentümer		Zustimmung Eigentümer	
Ja	Nein	liegt vor	liegt nicht vor	liegt vor	liegt nicht vor		
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Ausgabengliederung

(begründende Unterlagen z. B. Kostenschätzungen, Kostenberechnungen, Angebote etc. als Anlage 7 beifügen)

Ausgabengruppe	geplante Ausgabe
Planungsleistungen (LPH 1-4 sowie besondere Leistungen nach HOAI)	Euro
Planungsleistungen (LPH 5-8 sowie besondere Leistungen nach HOAI)	Euro
Bauliche Investitionen	Euro
Baunebenkosten	Euro
Grunderwerb	Euro
	Gesamt Euro

6. Finanzplan des Vorhabens und Eigenmittelnachweis

6.1 Finanzplanung insgesamt

geplante Gesamtausgaben	Euro
davon <i>Eigenmittel</i>	Euro
<i>Mittel Dritter</i>	Euro
<i>beantragte Zuwendung</i>	Euro

6.2 Finanzplanung nach Jahresscheiben

	Gesamtausgaben	davon <i>Eigenmittel</i>	<i>Mittel Dritter</i>	<i>beantragte Zuwendungen</i>
2019	Euro	Euro	Euro	Euro
2020	Euro	Euro	Euro	Euro
2021	Euro	Euro	Euro	Euro
2022	Euro	Euro	Euro	Euro

6.3 Nachweis der Eigenmittel

- Die Eigenmittel sind im Haushalt und - soweit erforderlich - in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellt. (Geeignete Nachweise als Anlage 8 beifügen)
- Der Haushalt wurde kommunalaufsichtlich genehmigt. (Auszug aus Genehmigungsunterlagen als Anlage 9 beifügen)

7. Betriebskosten

7.1 Höhe der zu erwartenden Betriebskosten

Die Maßnahme wird

- keine laufenden Betriebskosten nach sich ziehen.
- voraussichtliche Betriebskosten in Höhe von erfordern.
(Betriebskostenermittlung als *Anlage 10* beifügen)

7.2 Nachweis der Betriebskostenfinanzierung

Der Antragsteller ist in der Lage, die unter 7.1 genannten Betriebskosten dauerhaft finanzieren zu können.

Die dauerhafte Finanzierung der unter 7.1 genannten Betriebskosten soll erfolgen

- aus Mitteln des Haushaltes
- aus Gebühren und Beiträgen
- aus sonstigen Quellen

(Geeignete Nachweise als *Anlage 11* beifügen)

8. Nettoeinnahmeschaffende Vorhaben

Durch das Vorhaben werden Nettoeinnahmen nach Art. 61, Art. 65 Verordnung (EU) Nr. 1303/2013¹ (ABL. L 347/320) erwirtschaftet

(Nettoeinnahmen bedeuten Zuflüsse von Geldbeträgen, die unmittelbar von den Nutzern für die im Rahmen des Vorhabens bereitgestellten Waren und Dienstleistungen gezahlt werden, wie beispielsweise Gebühren, die unmittelbar von den Nutzern für die Benutzung der Infrastruktur, den Verkauf oder die Verpachtung/Vermietung von Grundstücken oder von Gebäuden entrichtet werden, oder Zahlungen für Dienstleistungen, abzüglich der im entsprechenden Zeitraum angefallenen Betriebskosten und Wiederbeschaffungskosten für kurzlebige Anlagegüter. Im Rahmen des Vorhabens erwirtschaftete Einsparungen bei den Betriebskosten werden als Nettoeinnahmen behandelt, es sei denn, sie werden durch eine entsprechende Kürzung der Betriebsbeihilfen ausgeglichen).

- ja
- während der Vorhabensdurchführung
- nach Vorhabensdurchführung
- nein.

9. Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller erklärt, dass

- mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist.
- keine andere Zuwendung für das Vorhaben, insbesondere nach dem „Landesprogramm Vernässungen und Erosionen“ bei der Landesanstalt für Altlastenfreistellung, beantragt und/oder bewilligt worden ist.
- es sich bei dem beantragten Vorhaben um keine ergänzende Förderung über das „Landesprogramm Vernässungen und Erosionen“ hinaus handelt.
- es sich bei dem beantragten Vorhaben um keine Ersatzinvestition handelt.
- keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Festlegung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vorliegt, welcher nicht nachgekommen worden ist.
- er in eigener Verantwortung alle für das Vorhaben erforderlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Zustimmungen, Ausnahmen, Befreiungen u. ä. einholen wird.
- die gemäß Zuwendungsrichtlinie erforderliche Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde als Anlage 12 beigefügt ist.
- die gemäß Zuwendungsrichtlinie erforderliche rechtsaufsichtliche Stellungnahme als Anlage 13 beigefügt ist.
- das Vorliegen der rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für eine finanzielle Beteiligung der bevorteilten Flächen- und Grundstückseigentümer sowie der sonstigen dinglich Berechtigten geprüft wurde und dass das Prüfergebnis als Anlage 14 beigefügt ist.
- die Unterschriftenkarte, welche die Unterschrift der unterschriftsberechtigten Personen für die Formulare innerhalb des Antragsverfahrens (bspw. Antrag, Mittelabforderung etc.) enthält, als Anlage 15 beigefügt ist.
- die beigefügten Anlagen verbindlicher Bestandteil dieses Antrages sind, und die hier geleistete Unterschrift auch den Inhalt der Anlagen umfasst.
- er nicht vorsteuerabzugsberechtigt nach § 15 UStG ist.

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antragsvordruck geforderten Angaben zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind (Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 Datenschutz-Grundverordnung, § 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt).

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Referat 404 – Wasser, Dessauer Str. 70, 06118 Halle Saale verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der EU übermittelt und von diesen verarbeitet werden können. Die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung zum Umgang mit meinen Daten sowie die Information über die mir zustehenden Rechte habe/haben ich/wir zur Kenntnis genommen.

Außerdem ist mir / uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die im Antragsvordruck geforderten Angaben zu machen (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt), die Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist mir / uns bekannt, dass ich / wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann / können, die Bearbeitung dieses Förderantrages dann allerdings nicht mehr möglich ist.

Darüber hinaus ist mir/uns bekannt, dass mein / unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

Des Weiteren ist mir/uns bekannt, dass die beantragten Zuwendungen Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind, auf die gemäß § 1 des Subventiongesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionengesetz-SubvG vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2037)), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.09.1990 (BGBl. I S. 2106) Anwendung finden.

Nach § 3 SubvG bin ich /sind wir verpflichtet, dem Zuwendungsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Tatsachen i. S. d. § 3 SubvG sowie subventionserhebliche Tatsachen i. S. d. § 264 StGB sind solche, die den Verwendungszweck, den Bewilligungszeitraum, den Investitions- und Finanzierungsplan, den Mittelabruf und die Auszahlung der Mittel, den Sachbericht und sämtliche im Vertrag aufgeführte Pflichten, insbesondere auch ANBest-Gk Nr. 3: Vergabe von Aufträgen und ANBest-Gk Nr. 5: Mitteilungspflichten, betreffen.

Ort, Datum
Rechtsverbindliche Unterschrift der/des Antragsteller/s / Vertretungsberechtigten des Antragstellers <div style="float: right; border: 1px solid black; border-radius: 50%; width: 60px; height: 60px; display: flex; align-items: center; justify-content: center; margin-top: 20px;"> Stempel </div>

Pflichtanlagen

Lfd. Nr.	Ziffer im Antrag	Inhalt
1	3.1	Beschreibung und Dokumentation des Vernässungs- oder Erosionsproblems
2	3.2	Flurkarte
3	4.2	Beschreibung des Vorhabens
4	4.3	Begründung des Vorhabens und der zu erwartenden Wirkung
5	4.4	Flurkarte
6	4.6	Aktuelle Auszüge aus Liegenschaftskataster für Anträge gemäß Ziffer 2.2 der Zuwendungsrichtlinie inklusive Eigentüternachweis
7	5.	Begründende Unterlagen wie z.B. Kostenschätzungen, Kostenberechnung oder Angebote
8	6.3	Nachweise zum Haushaltsplan und zur mittelfristigen Finanzplanung (Eigenmittelnachweis)
9	6.3	Auszug aus den Genehmigungsunterlagen (Eigenmittelnachweis)
10	7.1	Betriebskostenermittlung
11	7.2	Nachweis der Betriebskostenfinanzierung
12	9.	Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde
13	9.	Rechtsaufsichtliche Stellungnahme, gemäß Ziffer 6.2.2 und ggf. gemäß Ziffer 4.3 der Zuwendungsrichtlinie
14	9.	Prüfergebnis der Voraussetzungen für eine finanzielle Beteiligung bevorteilter Grundstückseigentümer und dinglich Berechtigter
15	9.	Unterschriftenkarte Diese soll die Unterschrift der unterschriftsberechtigten Personen für die Formulare innerhalb des Antragsverfahrens (bspw. Antrag, Mittelabforderung, Änderungsanträge etc.) enthalten.